

Positionspapier IGPB: Unterrichtsfach Politische Bildung

Das politische System der Demokratie befindet sich auch in Österreich zunehmend unter Druck. Die jüngsten Ergebnisse des Demokratiemonitors (SORA) sowie des Demokratieradars (ADL) machen auf diese Problematik aufmerksam. Illiberale und autoritäre Vorstellungen nehmen zu. Extremistisch motivierte Straftaten sind im Steigen begriffen und die Polarisierung der Gesellschaft in Österreich scheint offensichtlich. Gleichzeitig führen uns Entwicklungen wie jene in Ungarn und Polen vor Augen, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zerbrechliche Güter sind. Als Interessengemeinschaft Politische Bildung (IGPB) beobachten wir diese Entwicklung mit Sorge. Uns ist bewusst, dass die schulische Politische Bildung nicht alle gesellschaftlich-politischen Probleme lösen kann. Ihr Wirkungspotenzial erstreckt sich auf die Prävention solcher Problemlagen und die systematische Förderung demokratiefreundlicher Haltungen und nicht unbedingt auf eine kurzfristige Problemlösung. Politische Bildung kann zur Sicherung und Weiterentwicklung jener demokratischen politischen Kultur beitragen, die es braucht, damit gesellschaftliche Probleme und Konflikte bearbeitet werden können und ein friedliches Miteinander möglich ist.

Demokratie muss fortlaufend erlernt und erlebt werden. Dafür braucht es – mehr denn je – Politische Bildung. Politische Bildung soll Kinder und Jugendliche befähigen, sich in einer stetig verändernden Welt zurecht zu finden und den Umgang mit Konflikten, dem Pluralismus, den Wertvorstellungen sowie der Diversität der Lebensformen zu schulen. Schüler:innen sollen im Rahmen von Politischer Bildung politisches Denken und Handeln erlernen, um sie für eine spätere Mitgestaltung des öffentlichen Lebens zu befähigen. Das Fällen politischer Urteile anhand faktenbasierter Argumente ist dabei ebenso wesentlich wie die Entwicklung einer aktiven Bürger:innenrolle. Auch aufgrund des Wahlalters von 16 Jahren kommt der Schule als Ort demokratiepolitischer Bildung eine zentrale Bedeutung zu.

Damit das gelingen kann, ist Politische Bildung auf Voraussetzungen angewiesen, die in Österreich zurzeit nicht erfüllt sind. Politische Bildung ist nur in der Berufsschule ein eigenständiges Fach, sonst ist es lediglich Teil eines Fächerverbundes und als Unterrichtsprinzip verankert. Um Kinder und Jugendliche, einer modernen Demokratie entsprechend, in Politischer Bildung gut ausbilden zu können, fordert die IGPB deshalb:

- Einführung eines eigenständigen Faches „Politische Bildung“ in beiden Sekundarstufen, dessen Umsetzung nicht auf Kosten anderer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer gehen darf.
- Gründung eines Lehramtsstudiums „Politische Bildung“ an österreichischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen mit einem eigenständigen Curriculum.

- Verpflichtende Fortbildung aller im Dienst befindlichen Lehrer:innen der Sekundarstufen, die Politische Bildung als eigenständiges Fach oder als Kombinationsfach (z.B. Geschichte und Politische Bildung) unterrichten, in einem Ausmaß von mindestens zehn Stunden innerhalb der nächsten drei Schuljahre zu Inhalten der Politischen Bildung. Vergleichbare Fortbildungen soll es auch für Lehrer:innen der Primarstufe geben. Diese Fortbildungen sollen vom Bildungsministerium und den Bildungsdirektionen unterstützt, finanziert und organisiert werden.
- Schaffung einer virtuellen Plattform auf Basis bestehender Angebote, die von Seiten des Bildungsministeriums finanziert und betrieben wird, die nach Überprüfung durch einen Expert:innenbeirat qualitativ hochwertige Unterrichtsmaterialien nach Themen und Kompetenzen geordnet für Lehrer:innen zugänglich macht.

Politische Bildung kann nicht, wie häufig von der Tagespolitik eingefordert wird, kurzfristig Lösungen anbieten oder Extremismus verhindern. Politische Bildung kann jedoch bei einer fachgerechten Umsetzung zu einer demokratischen, solidarischen und pluralen Gesellschaft beitragen. Deshalb muss die Regierung eine entsprechende Finanzierung für die Ressorts Schulen und Universitäten/Pädagogische Hochschulen zur Verfügung stellen, um diese Ziele erreichen zu können.

Gezeichnet: Der Vorstand der Interessengemeinschaft Politische Bildung (März 2022)